

Das Kontrollrecht der Partei — Wesen, Mittel und Methoden

Von Walter Kirnich, 2. Sekretär der Bezirksleitung der SED Magdeburg

Jede Aufgabe, die wir bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Angriff nehmen, stellt zuerst neue Ansprüche an die Partei, an ihre Fähigkeit, gesellschaftliche Prozesse politisch zu führen. An den Beschlüssen der 13. Tagung des ZK wird das erneut deutlich sichtbar, insbesondere an der Notwendigkeit, den Prozeß der Intensivierung entscheidend zu vertiefen. Denn nur durch eine bedeutend höhere Effektivität der Arbeit können die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung immer besser befriedigt werden. Die leitenden Parteiorgane sowie die Grundorganisationen unseres Bezirkes verbinden deshalb die Auswertung und Durchführung der Beschlüsse dieser Tagung des ZK mit einer gründlichen Analyse, was wir bisher auf dem Wege des VIII. Parteitages erreicht haben. Wir überprüfen, wie wirksam unsere Führungstätigkeit ist. Das ständige kritische Verhalten zu den Ergebnissen des eigenen Handelns bildet ein Element erfolgreichen Arbeitsstils. In diesem Zusammenhang gewinnt die Wahrnehmung des Kontrollrechts der Partei, das Vervollkommen der entsprechenden Mittel und Methoden an Gewicht.

Im Kombinat und auch im Krankenhaus

Ein Beispiel, welche neuen Maßstäbe an die Führungstätigkeit der Partei und damit auch an die Parteikontrolle gestellt sind, gibt die Parteiorganisation des Ernst-Thälmann-Werkes Magdeburg. Es war entschieden worden, die Generalreparatur des Elektro-Ofens II in der Stahlgießerei PV 36 aus eigener Kraft durchzuführen. Diese wichtige Maßnahme aus dem Plan Wissenschaft und Technik, die höhere Produktivität und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen bringen sollte, stand von Anbeginn an auch unter Parteikontrolle. Die Genossen sahen ihr erstrangiges Anliegen darin, politisch Klarheit zu schaffen, daß das Vorhaben in kürzester Frist zu realisieren ist. Dazu bedurfte es der sozialistischen Gemeinsdiarfsarbeit zwischen den Kollegen der technischen Vorberei-

ung, dem Realisierungskollektiv und den Arbeitern der Stahlgießerei. Mit den Werk-tätigen des Edelstahlwerkes Freital fand ein Erfahrungsaustausch statt, denn dort war gerade eine ähnliche Reparatur in 42 Tagen, 3 Tage vorfristig, beendet worden.

Die BPO der Stahlgießerei nahm ihr Kontrollrecht in Anspruch, ließ sich den vorgesehenen Ablaufplan in der Mitgliederversammlung erläutern. Darüber wurde gründlich diskutiert. Die Genossen verwiesen darauf, daß 36 Tage Reparatur zu hohe Produktionsausfälle mit sich brächten. Unter Einbeziehung aller Werk-tätigen der betreffenden Bereiche fanden sie eine bessere Variante. Auf diese Weise halfen die Genossen auch den staatlichen Leitern, Wege zu einem rationelleren Ablauf einzuleiten. Viele Hinweise und Ideen der Kollegen wurden genutzt, 21 Verbesserungsvorschläge realisiert. So entstand eine verschworene Kampf-gemeinschaft. Die Kontrollgruppe „Rationalisierung“ der BPO sowie der beiden APO Stahlgießerei und Hauptmechanik verschafften sich einen ständigen Überblick über den zügigen Fortgang der Arbeiten. Regelmäßige Kontrollberatungen erwiesen sich als außerordentlich nützlich.

So gelang es schließlich, den Elektro-Ofen II in 13 Tagen instand zu setzen. In den — im Vergleich zu Freital — mehr zur Verfügung stehenden 29 Arbeitstagen wurden 3700 Tonnen Flüssigstahl bzw. 3400 Tonnen Blockguß im Werte von 1,6 Millionen Mark hergestellt. Für 1975 wurde eine Produktionssteigerung des Stahlwerkes von zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr ermöglicht.

Auf dem VIII. Parteitag wurde — durch die Erweiterung von Punkt 63 des Statuts — das Recht der Kontrolle über die Tätigkeit der Betriebsleitungen auch den Grundorganisationen der Kultur- und Bildungseinrichtungen, der medizinischen sowie anderen Institutionen gewährt. Seitdem zeigt sich in der täglichen Praxis, wie sehr dieser Entschluß der gewachsenen politischen Reife der Parteikollektive und ihrer erhöhten Verantwortung für die Verwirklichung der Politik des Parteitages entspricht.